

„Wohin geht Europa? – Europa handlungsfähig auch in Krisenzeiten!“

Auf dem diesjährigen Sudetendeutschen Tag in Regensburg plante die SG auch ein Gespräch über Europa. Da durch die Corona-Pandemie jegliche Veranstaltungen abgesagt wurden, organisierten **Dr. Peter Becher und Christa Naab** ein virtuelles Gespräch mit zwei überzeugten Europäern: **Libor Rouček**, ehemaliger Vizepräsident des Europäischen Parlaments und **Ismail Ertug**, Europaabgeordneter aus Amberg und seit September 2019 stellvertretender Fraktionsvorsitzender der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament.

Die Europäische Union steht vor riesigen Herausforderungen, sei es durch die Corona-Pandemie, durch die wachsende Zahl von Geflüchteten, den zunehmenden Nationalismus, durch Rückschritte in manchen Mitgliedsstaaten, was Demokratie und Rechtsstaatlichkeit anbelangt, fehlende europäische Regeln für Digitalisierung und vieles andere mehr.



Foto: Ulrich Miksch



Foto: European Union (2020)

Libor, haben sich die politischen Herausforderungen seit Deiner Zeit im Europäischen Parlament verändert und wenn ja, in welcher Hinsicht? Wo siehst Du derzeit besonderen Handlungsbedarf?

Ja, die politischen Herausforderungen haben sich in den letzten fünf Jahren sehr verändert und teilweise nicht gerade in positiver Richtung. Im Jahre 2015 haben wir die Flüchtlingskrise gehabt, deren verschiedene Auswirkungen spüren wir bis heute; die Lage hinsichtlich des Klimas und der globalen Erwärmung hat sich verschlechtert; die Brexit-Saga ist noch nicht am Ende. Und jetzt kommt noch die Corona-Pandemie und die daraus resultierende Wirtschafts- und Sozialkrise dazu. Obwohl alle diese Krisen und Herausforderungen verschiedener Natur sind und verschiedene Ursachen haben, eines haben sie gemeinsam: sie sind global, betreffen uns in gewissem Maße alle, und deswegen brauchen wir auch gemeinsame, womöglich globale oder mindestens paneuropäische Lösungen. Alleine, egal ob es sich um das „große Deutschland“ oder das „kleine Tschechien“ handelt, schaffen wir das nicht. Die Hauptfrage lautet: besitzen wir als Europäer einen gemeinsamen Willen gemeinsam zu handeln? Oder fallen wir in nationale Egoismen und Einzelgänge nach dem Motto: „mein Land First“ zurück? Wir Sozialdemokraten – seit 150 Jahren Internationalisten – haben eine klare Antwort: gemeinsam handeln, gemeinsame Lösungen suchen!

Ismail, die EU ist eine Friedensmacht in einer globalisierten Welt. Welche Chancen siehst Du als stv. Vorsitzender der S&D-Fraktion für eine einheitliche Positionierung der Sozialdemokratie und eine gemeinsame Verantwortung des Parlaments hinsichtlich weltpolitischer Aufgaben wie Friedensmissionen, Katastrophenhilfe, Entwicklungszusammenarbeit oder Hilfe beim Aufbau und der Festigung junger Demokratien?

Ich sehe aktuell die Chance, dass wir insbesondere durch die Krise infolge der Corona-Pandemie merken, dass wir mehr statt weniger Europa brauchen. Viele Mitgliedsstaaten tun alles dafür, möglichst wenig Kompetenzen an die Union abzugeben und reagieren reflexhaft in nationalen Entscheidungen. Das Resultat konnte man insbesondere zu Beginn der Coronakrise sehen: Durch die schnellen nationalen Grenzschließungen innerhalb Europas kam es zu kilometerlangen Staus – mit großen Einschränkungen für den Transport wichtiger Güter wie Lebensmittel oder medizinische Produkte. Weltpolitische Aufgaben kann man in einer verflochtenen, globalisierten Welt jedoch nicht länger in nationalstaatlichen Alleingängen lösen. Der Sozialdemokratie als zweitgrößten Fraktion im Europäischen Parlament kommt hier eine wichtige Rolle für das Beharren und stetige Erinnern an die große Bedeutung europäischer Zusammenarbeit und Solidarität zu. Wir dürfen nicht zulassen, dass die europäische Idee durch Nationalisten in Gefahr gerät.

Libor und Ismail, brauchen wir europäische Regeln für Digitalisierung, um die Demokratie in Zeiten digitaler Politik zu fördern und zu schützen?

(Libor) Die Digitalisierung ist ein anderes Beispiel, wo wir in der EU in der Zeit der Globalisierung, der globalen Wirtschaft und immer neuer Technologien gemeinsame Regeln brauchen. Die EU – im Unterschied etwa zu China oder Russland – ist eine demokratische Gemeinschaft mit stark verankerten Grundwerten der Freiheit, der Demokratie und des Rechtsstaates. Deswegen darf die Digitalisierung nicht zur Begrenzung oder Verschmelzung unserer Grundwerte und Grundfreiheiten führen.

(Ismail) Wie wir uns informieren, miteinander kommunizieren, produzieren und konsumieren wandelt sich durch digitale Prozesse enorm. Gleichzeitig wächst der Einfluss von einigen wenigen, vor allem US-amerikanischen Digitalkonzernen. Einzelne Staaten sind machtlos gegen diese schnellen Entwicklungen in einer vernetzten Welt. Nur gemeinsam kann die EU Digitalisierung in ihrem Sinne gestalten. Es braucht dabei eine starke soziale Dimension in der europäischen digitalen Agenda: Es geht um diskriminierungsfreie künstliche Intelligenz, Datenschutz und eine Sozialpolitik, die mit der Digitalisierung der Arbeitsmärkte Schritt hält. Digitale Massenüberwachung und der Missbrauch von Daten bedrohen unsere europäischen Grundrechte. Letztendlich geht es in dieser Frage auch um den Schutz der Demokratie in Europa.

Libor und Ismail, welchen aktuellen Handlungsbedarf seht Ihr im Hinblick auf die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Tschechien? Welche Rolle könnten dabei die ČSSD im 30. Jahr ihres Bestehens und die SPD spielen?

(Libor) Wir brauchen eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Tschechien nicht nur bei den „großen“ globalen Themen, sondern auch bei „kleineren“ Problemen, die fast täglich im Zusammenhang mit der Corona-Krise entlang unserer gemeinsamen Grenze entstehen. Zum Beispiel die Pendler. Eine einseitige, unkoordinierte Schließung der Grenze hat niemandem geholfen. Nicht den zehntausenden Pendlern und ihren Familien, nicht den tausenden Betrieben in denen sie arbeiten, und auch die Resultate auf der epidemiologisch-medizinischen Ebene sind sehr fraglich. Warum ist es zu dieser Situation gekommen? Weil wir immer noch, und die Tschechen besonders, nur im Rahmen der nationalen Staatsgrenzen denken. Wir Sozialdemokraten sollten diese psychologische Barriere in unseren Köpfen, aus Gründen unserer Werte und unserer geschichtlichen Erfahrungen am ehesten überwinden können.

(Ismail) Mein Heimatwahlkreis die Oberpfalz und Niederbayern haben eine lange Grenze mit Tschechien. Uns verbindet heute mehr als unsere gemeinsame Geschichte. Die Grenzregion hat sich längst zu einem gemeinsamen Lebens- und Arbeitsraum entwickelt. In vielen Projekten kann man grenzüberschreitende Kooperation beobachten, beispielsweise im Bereich des Schüler- und Jugendaustausches. Dieser gemeinsame Raum darf nicht durch unkoordinierte Grenzschließungen im Rahmen der Coronabekämpfung gefährdet werden. Vorantreiben müssen wir noch die bestehende Verkehrsinfrastruktur, beispielsweise die dringend notwendige Verbesserung der Zugverbindung zwischen Prag und München. Auch wenn die Tschechinnen und Tschechen die EU sukzessive positiver sehen, sind viele immer noch EU-skeptisch. Die Sozialdemokratie hat hier die Aufgabe, das Vertrauen in die EU zu steigern. Auf europäischer Ebene wünsche ich mir zudem eine größere Solidarität Tschechiens bei der Aufnahme von Asylsuchenden. Dass Tschechien hier auch Verantwortung tragen muss, zeigt das Urteil des EuGH von Anfang April 2020.



Peter Becher und Christa Naaß: Wir bedanken uns für Eure Antworten und gratulieren **Libor Rouček** zur Verleihung des Wenzel-Jaksch-Gedächtnis-Preises, den er voraussichtlich im nächsten Jahr im Rahmen des Vertriebenenempfangs der SPD-Landtagsfraktion überreicht bekommen wird.

Foto: Friedrich Weckerlein